

München, 02.03.2019

Kampf gegen Lebensmittelvernichtung: Händler sollen verpflichtet werden, unverkäufliche Waren zu spenden

SPD-Ernährungsexpertin Ruth Müller: Gemeinnützige Initiativen wie die Tafeln besser unterstützen

Die BayernSPD-Landtagsfraktion fordert die Staatsregierung auf, Lebensmittelhändler zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln zu verpflichten. Laut einer Studie werden in Deutschland jährlich 18 Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet - ein Drittel der Gesamtproduktion. Die Ernährungsexpertin der Fraktion, **Ruth Müller**, betont: "So darf es nicht weitergehen. Es kann nicht sein, dass Lebensmittelhändler genießbare Waren einfach wegwerfen dürfen. Stattdessen müssen solche Lebensmittel verpflichtend an gemeinnützige Organisationen wie die Tafeln gespendet werden. Waren, die nicht mehr für den Verzehr geeignet sind, sollten verbrannt oder kompostiert werden. Solche Regelungen gibt es etwa in Frankreich und Tschechien längst."

Des weiteren fordert die Fraktion eine finanzielle Stärkung der gemeinnützigen Initiativen. "Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beispielsweise der Tafeln, arbeiten häufig am Limit. Die Staatsregierung ist in der Pflicht, solche Organisationen finanziell besser auszustatten. Sinnvoll wäre ein staatliches Online-Portal, in dem die Spenden koordiniert werden können", erklärt Müller.

Anhang: Anträge der SPD-Landtagsfraktion

[Lebensmittelverschwendung eindämmen I \(PDF, 89 kB\)](#)

[Lebensmittelverschwendung II \(PDF, 89 kB\)](#)